

Fragebogen

Bitte bis zum **9. April 2010** zurücksenden an:

Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V.
Schillerstraße 14
40237 Düsseldorf
Fax: 0211/99175-50
E-Mail: nrw2010@steuerzahler-nrw.de

Vor dem Hintergrund der Ausführungen auf Seite 2 fragt Sie der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen:

- 1.** Halten Sie die Verankerung der **Schuldenbremse in der Landesverfassung** für richtig und werden Sie sich als Landtagsabgeordneter dafür einsetzen?

- Ja
 Nein

Gründe: Die Initiative zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung ist ganz maßgeblich von der FDP ausgegangen. Die Schuldenbremse ist ein Signal für Generationengerechtigkeit und nachhaltige Haushaltsführung. Leider ist die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit aufgrund der ablehnenden Haltung von SPD und Grünen nicht erreicht worden. Die FDP wird in der kommenden Legislaturperiode einen neuen Anlauf unternehmen.

- 2.** Nennen Sie drei Bereiche, in denen **Subventionen** in NRW Ihrer Meinung nach abgebaut werden sollten und wodurch zugleich ein effektiver Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet werden kann:

Die Debatte über die dringend notwendige Haushaltskonsolidierung sollte nicht auf den Subventionsabbau eingeengt werden. Wir werden den Aufgabenbestand der öffentlichen Hand weiterhin kritisch überprüfen und die überaus erfolgreiche Reduzierung von Behörden fortsetzen, die in den letzten fünf Jahren schon zur Auflösung von 138 der ehemals über 1.000 Behörden geführt hat. Wir planen ebenso den Abbau von 12.000 weiteren Stellen im Landesdienst. Darüber hinaus werden wir aber z.B. auch alle Möglichkeiten prüfen, den endgültigen Ausstieg aus dem Subventionsbergbau bereits vor dem vereinbarten Termin 2018 durchzusetzen.

- 3.** Halten Sie es für richtig, die **Luxus-Altersversorgungsansprüche** der NRW-Minister abzuschaffen?

- Ja
 Nein

Gründe: Die FDP hält es für möglich, das System der Ministerbezüge ähnlich der Reform der Abgeordnetendiäten umzustellen. Unter gleichzeitiger Anhebung der Grundbezüge könnten die Minister im erforderlichen Rahmen selbst für ihre Altersversorgung aufkommen.

- 4.** Wie kann nach Ihrer Meinung die **Verschwendung von Steuergeldern** künftig wirksam verhindert und wie können die Verursacher dieser Verschwendung stärker in die Verantwortung gezogen werden?

Verhinderung von Steuergeldverschwendung:

Die FDP spricht sich gegen Steuergeldverschwendung in jeglicher Hinsicht aus. Wir legen größten Wert auf Transparenz für eine effektive parlamentarische und öffentliche Kontrolle. Zu diesem Zweck ist auf unsere Initiative hin 2009 das Transparenzgesetz verabschiedet worden, durch das die Bezüge der Vorstände und Aufsichtsräte von öffentlichen Unternehmen, Stadtwerken und Sparkassen zukünftig offen gelegt werden müssen.

Konsequenzen für den Verursacher:

Die Konsequenzen müssen entweder auf politischer Ebene oder - bezogen auf die Exekutive - mit dem zur Verfügung stehenden aufsichts- und dienstrechtlichen Instrumentarium getroffen werden. Es muss aber in jedem Fall eine eindeutige Klärung der Verantwortlichkeit erfolgt sein.

Ort, Datum

Vorname, Name

Partei

Unterschrift

Hintergrundinformationen

1. Schuldenbremse in die Landesverfassung

Das Grundgesetz schreibt vor, dass die Bundesländer ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen. Dennoch fordert der Bund der Steuerzahler NRW, dass auch in die Landesverfassung ein Schuldenverbot aufgenommen wird. Ein Schuldenverbot in der Landesverfassung wäre eine klare Selbstverpflichtung der Politiker, den Abbau der Neuverschuldung und das Gebot einer sparsamen Haushaltspolitik nicht erst ab 2020, sondern schon jetzt in Angriff zu nehmen. Und das wiederum wäre für die Bürger ein klares Signal, dass die Politik die Neuverschuldung als ernstes Problem wahrnehmen und bekämpfen würde. Außerdem könnte eine verfassungsmäßige Regelung im Gegensatz zu einer einfachen rechtlichen Regelung nur mit einer zwei Drittel Mehrheit des Parlaments verändert werden.

2. Subventionsabbau

Pro Jahr gibt das Land Nordrhein-Westfalen rund acht Milliarden Euro für Subventionen aus (ohne Steuervergünstigungen). Gefördert werden die Landwirtschaft, einzelne Unternehmen, kulturelle Einrichtungen und vieles mehr. So gibt es mittlerweile hunderte verschiedener Fördertöpfe. Zuviel, sagt der Bund der Steuerzahler. Er kritisiert zudem, dass die Finanzhilfen, Zuwendungen und Steuervergünstigungen zu einem undurchschaubaren Dickicht geworden sind. Und nicht zuletzt sei die Zielrichtung der Subventionen oft fraglich. So sollte beispielsweise mit der Subventionierung der Steinkohle erreicht werden, dass die Energieversorgung gesichert ist. Dies ist längst der Fall.

3. Abschaffung Luxus-Altersversorgung für NRW-Minister

Wer fünf Jahre lang Minister in Nordrhein-Westfalen war, erhält mit Vollendung des 60. Lebensjahres eine Altersversorgung von 30 Prozent seiner Minister-Dienstbezüge. Macht zurzeit ein monatliches Ruhegehalt von knapp 4.000 Euro, ohne dass dafür ein Cent in eine Rentenkasse oder ähnliches eingezahlt wurde. Zum Vergleich: Der Durchschnittsrentner erhält, nachdem er 40 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt hat, eine monatliche Rente von rund 1.200 Euro.

Der Bund der Steuerzahler fordert: Die Minister müssen für ihre Altersversorgung selbst aufkommen und das Ruhegehalt darf erst ab dem 65. Lebensjahr gewährt werden. Für die Landtagsabgeordneten gilt beides bereits - der BdSt hatte dies vor fünf Jahren durchgesetzt.

4. Effektiver Schutz gegen Verschwendung

Das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler deckt alljährlich rund hundert Fälle auf, in denen Kommunen, Länder, der Bund oder die EU Steuergelder verschwendet haben. Und das ist nur ein kleiner Teil der Verschwendungsfälle. Insgesamt werden pro Jahr rund 31 Milliarden Euro Steuergelder zum Fenster hinausgeworfen. Die bestehenden Gesetze haben dies nicht verhindert, und dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, ist die große Ausnahme und nicht die Regel. Das muss sich ändern, meint der Bund der Steuerzahler und fordert effektivere Regeln zur Verhinderung von Verschwendung.